

## Mitgliederinfo November 2025

Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,

es geht in den Jahres-Endspurt, und wie vermutlich auch Sie in Ihren Verbänden haben wir in der Geschäftsstelle und auf Seiten des Vorstands alle Hände voll zu tun. Aus diesem Grund erreicht Sie die Mitgliederinfo für den November auch erst so spät, wir hoffen auf Ihr Verständnis.

Eine wichtige Info: **Bitte berücksichtigen Sie bei der Beantragung von Pauschalförderung für das Jahr 2026 (einzureichen bis zum 31.03.26) die verzögerte Auslieferung durch die Post und versenden Sie die Antragsunterlagen spätestens am 20. März!**

Mit freundlichen Grüßen  
Ursula Häuser  
(Vorsitzende)

### **BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (BMAS)**

Unter dem Motto "Deutschland wird barrierefrei. Mit Dir." startet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine Kampagne, die für Barrierefreiheit im Alltag sensibilisieren und zu eigenem Engagement anregen soll.

Eine Befragung des BMAS aus dem vergangenen Jahr hat gezeigt, dass sich 70 Prozent der Menschen in Deutschland mehr Sensibilisierung für Barrierefreiheit wünschen. Daran knüpft die Kampagne an: Sie informiert darüber, wie Barrieren im Alltag erkannt und reduziert werden können – im privaten Umfeld, im Handel, bei Veranstaltungen und in der digitalen Kommunikation.

Seit gestern (Anmerkung: 6. November) läuft die Kampagne als Werbung auf vielen Streamingdiensten, auf YouTube, auf unseren Social Media Kanälen – und natürlich auf unserer Website. Dort kann jede\*r selbst aktiv werden: Mit unseren Barrierefreiheit-Checklisten lassen sich Hindernisse im eigenen Umfeld aufspüren und mit der Plakat-Vorlage kann man einfach eine „Stille Stunde“ einführen.

Was für uns bei der Entwicklung der Kampagne selbstverständlich war: Menschen mit Behinderungen waren von Anfang an Teil des Teams. Ihre Perspektive hat die Kampagne geprägt und dafür gesorgt, dass sie inklusiv und nahbar ist.

Mach mit – und zeig, wie einfach Barrierefreiheit sein kann. Denn Deutschland wird barrierefrei. Mit dir.

Hier geht's zur Kampagnenseite auf der Website des BMAS:

<https://www.bmas.de/DE/Soziales/Teilhabe-und-Inklusion/Bundesinitiative-Barrierefreiheit/deutschland-wird-barrierefrei.html?etcc cmp=newsletter aktuelles 2025-11-06&etcc med=Email>

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE (DIMR)

### Debatte um „psychisch kranke Gefährder“ menschenrechtlich problematisch

**26.11.2025** · Meldung

In der vergangenen Zeit kam es mehrfach zu tragischen Attentaten und Gewaltdelikten, wie im Mai 2025 am Hamburger Hauptbahnhof, als eine Frau auf dem Bahnsteig mehrere Personen mit einem Messer angriff und verletzte. Auch in diesem Zusammenhang wurden Forderungen nach einem Datenaustausch zwischen Gesundheits-, Ausländer- und Sicherheitsbehörden laut, der eine „Früherkennung psychisch kranker Gefährder“ ermöglichen soll.

Der Wunsch nach politischen Lösungen ist nachvollziehbar, jedoch stehen die vorgeschlagenen Maßnahmen nach Ansicht des Instituts nicht im Einklang mit den Menschenrechten und fördern Stigmatisierungen von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. Das macht die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte in einem heute veröffentlichten Positionspapier deutlich.

Sicherheitspolitische Debatte führt zu Stigmatisierung

„Der aktuelle sicherheitspolitische Diskurs führt zu Stigmatisierung und fördert die falsche Wahrnehmung, Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen seien grundsätzlich gewalttätiger als andere Menschen“, so Jana Offergeld, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Monitoring-Stelle. „In der Auseinandersetzung mit den Hintergründen von Attentaten und Gewaltdelikten liegt der Fokus häufig fast ausschließlich auf der psychiatrischen Diagnose der Täter\*innen. Damit drohen alle Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen unter Generalverdacht gestellt zu werden. Außerdem verengt es die Debatte auf medizinische und sicherheitsbezogene Aspekte, anstatt wirkungsvolle Präventionsstrategien in den Blick zu nehmen.“

Es braucht mehr Unterstützung statt nur Kontrolle und Zwang

Politische Forderungen nach einer Ausweitung ärztlicher Zwangsbehandlungen, beispielsweise einer Verpflichtung zur Einnahme von Medikamenten nach der Entlassung aus einer psychiatrischen Einrichtung, sieht das Institut kritisch. „Zwangsbehandlungen, auch außerhalb des Krankenhauses, und zunehmende Kontrollen stärken die ordnungspolitische Funktion der Psychiatrie, schaffen aber keine zusätzlichen Unterstützungsangebote“, betont Offergeld. Diese braucht es aus Sicht des Instituts aber unbedingt: „Derzeit haben viele Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen keinen Zugang zu ambulanten und auf Freiwilligkeit basierenden Behandlungs- und Unterstützungsangeboten. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Fluchterfahrung.“ Vor dem Hintergrund der Verpflichtungen der UN-Behindertenrechtskonvention ist der Ausbau einer personenzentrierten und gemeindenahen psychosozialen Unterstützungslandschaft unbedingt notwendig. Eine frühzeitige und personenzentrierte Unterstützung ist für die Bewältigung psychosozialer Krisen wesentlich und leistet auch einen Beitrag in der Krisenprävention.

Datenschutz gilt auch für Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen  
Menschenrechtliche Bedenken hat das Institut auch im Hinblick auf den angedachten Datenaustausch zwischen Sicherheits- und Gesundheitsbehörden, der explizit auf Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen abzielt. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, also das Recht, selbst zu entscheiden, wer welche persönlichen Daten bekommt, und die Wahrung des Datenschutzes sind in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt: „Jede Weitergabe von Gesundheitsinformationen an Sicherheitsbehörden greift tief in die Privatsphäre ein und ist nur unter engsten Voraussetzungen zulässig“, ergänzt Sabrina Prem, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Monitoring-Stelle. „Die Vertraulichkeit personenbezogener Daten von Menschen mit psychosozialen Beeinträchtigungen muss unbedingt geschützt werden. Alle Maßnahmen des Risikomanagements, insbesondere der Datenaustausch zwischen Gesundheits- und Sicherheitsbehörden, müssen die menschenrechtlichen Standards achten und diskriminierungsfrei ausgerichtet werden.“

Eine Übersetzung des Positionspapiers in Leichte Sprache folgt in Kürze.

WEITERE INFORMATIONEN: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/risikomanagement-an-menschenrechtlichen-standards-ausrichten>

### **Deutsches Institut für Menschenrechte**

Cathrin Kameni Monkam | Assistentin der Leitung  
Zimmerstr. 26/27 | 10969 Berlin  
Tel.: +49 30 259359-450 | Fax: +49 30 259359-59  
[un-brk@institut-fuer-menschenrechte.de](mailto:un-brk@institut-fuer-menschenrechte.de)

## **INFORMATIONEN DES BEAUFTRAGTEN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG**

**Veranstaltung (Frankfurt a.M. / online): „Forum inklusive Kulturpraxis“ (12.12.25 / 16:45-19:00 Uhr)**

Wie lässt sich Licht künstlerisch nutzen? Das Forum inklusive Kulturpraxis (FinK) stellt Ergebnisse eines Workshops mit gehörlosen, schwerhörigen und hörenden Kindern und Jugendlichen vor. Sie haben u.a. LEDs und Elektrosmog untersucht. Ihre Erkenntnisse haben die Teilnehmenden in eigene Lichtinszenierungen und Installationen einfließen lassen. FinK ist eine vierteilige Netzwerkreihe des Künstler\*innenhauses Mousonturm und des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA). FinK soll Zeit und Raum schaffen, um Wissen zu teilen und sich auszutauschen. Eingeladen sind behinderte, taube, neurodivergente und chronisch kranke sowie nichtbehinderte Kulturakteurinnen und -akteure. Die Veranstaltung wird von Mirjam Kreuser und Lilian Korner moderiert. Sie findet im stadtRAUMfrankfurt statt. Um Anmeldung wird gebeten unter [Paula.Pchalek@mousonturm.de](mailto:Paula.Pchalek@mousonturm.de). Weitere Informationen erhalten Sie unter nachfolgendem Link.

Link: <https://www.mousonturm.de/de/programm/veranstaltungen/15861/fink-x-hacking-lights-licht-und-umwelt-inklusive-erforschen>

### **Informationsangebot (online): „Wörterbuch der selbstbestimmten Teilhabe“**

Kennen sie schon das „Wörterbuch der selbstbestimmten Teilhabe“? Es enthält einerseits eine Auswahl an Begriffen aus dem deutschen Sozialrecht. Andererseits regen bestimmte Einträge zum Nachdenken über das Thema gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe an. Das Wörterbuch richtet sich an alle, die sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit (drohenden) Behinderungen interessieren: im privaten und beruflichen Kontext oder bei der Beantragung von Teilhabeleistungen. Über den folgenden Link gelangen Sie zum Wörterbuch.

Link: <https://www.teilhabeberatung.de/artikel/woerterbuch-der-selbstbestimmten-teilhabe>

### **Selbstlernkurs (online): „Assistenz in der inklusiven Jugendarbeit“**

Assistenzen in der inklusiven Kinder- und Jugendarbeit ermöglichen Kindern und Jugendlichen, an Veranstaltungen teilzunehmen oder auf Freizeiten zu fahren. Dabei ist die Verbindung zwischen beiden Personen eine durchaus intime und persönliche. Dies bringt auch immer wieder Probleme oder Konflikte mit sich. Das Studienzentrum für evangelische Jugendarbeit e.V. hat einen Selbstlernkurs entwickelt. Er vermittelt Grundlagen einer (Peer-to-Peer) Assistenz. Er arbeitet mit Beispielen und greift gleichzeitig auch wichtige Fragestellungen auf. Das Angebot steht Ihnen nach der Anmeldung auf der Seite kostenlos zur Verfügung.

Link: <https://jugendarbeit.de/kurse/assistenzeninderjugendarbeit/>

### **Publikation (online): Schulungsmaterial an der Schnittstelle von Behinderten- und Suchthilfe**

Suchterkrankungen betreffen Menschen aus allen Gesellschaftsbereichen – auch Menschen mit Behinderungen. Das Modellprojekt „einfach.gut.beraten – aktionberatung – die peers“ hat Schulungskonzepte entwickelt. Mit diesen sollen einerseits Mitarbeitende in der Eingliederungshilfe (EGH) zu Sucht und Suchthilfe weitergebildet werden. Andererseits werden Menschen mit Behinderungen in den Einrichtungen der EGH zum Thema geschult. Im Anschluss können diese innerhalb ihrer Einrichtung Infogruppen zum Thema Sucht und Suchthilfe durchführen. Im Rahmen des Projekts sind Handbücher erstellt worden, die allen Interessierten kostenfrei zur Verfügung stehen. Sie erhalten diese unter dem folgenden Link.

Link: <https://www.aktionberatung.de/datenbank>

## **BERICHTE AUS DEN VERBÄNDEN**

### **BAG Selbsthilfe**

Betreff: Assistenzhunde - Petition

Hallo, Herr Dr. Danner!

Derzeit übernehmen Krankenkassen in Deutschland nur die Kosten für Blindenführhunde. Andere Formen von Assistenzhunden – etwa für Menschen mit PTBS, Autismus, Epilepsie, Depressionen oder körperlichen Einschränkungen – werden bisher nicht als Hilfsmittel anerkannt und somit nicht finanziert. Auch die Eingliederungshilfe oder andere Sozialträger übernehmen diese Kosten meist nicht.

Dadurch werden viele Betroffene gezwungen, ihre dringend benötigten Assistenzhunde selbst zu finanzieren, was für die meisten unmöglich ist.

In Deutschland sind jedes Jahr 27,8 % der erwachsenen Bevölkerung von einer psychischen Erkrankung betroffen. Das entspricht rund 17,8 Millionen Menschen, von denen pro Jahr nur 18,9 % überhaupt Kontakt zu Behandlerinnen und Behandlern aufnehmen. Gerade diese hohe Zahl zeigt, wie viele Menschen unversorgt oder unzureichend unterstützt bleiben – und wie wichtig ergänzende Hilfen wie Assistenzhunde sind.

Ein Mitglied unserer DIG PKU hat eine Petition initiiert, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen:

<https://innn.it/assistentzhunde-endlich-als-not>

Die Petition läuft seit dem 29. Oktober (also seit etwas mehr als 3 Wochen) und hat bisher über 20.000 Unterschriften erhalten. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie die Mitglieder der BAG SELBSTHILFE auf diese Petition aufmerksam machen und sie damit unterstützen.

Herzlichen Dank und schöne Grüße

Tobias S. Hagedorn

Geschäftsführer

Wilhelm-Mellies-Straße 10

D-32120 Hiddenhausen

0049-5221-699014

geschaeftsfuehrer@dig-pku.de

Deutsche Interessengemeinschaft Phenylketonurie  
und verwandte angeborene Stoffwechselstörungen e.V.

[www.dig-pku.de](http://www.dig-pku.de)

Betreff: Aufruf zur Teilnahme am Forschungsprojekt „Partizipativer Index für Gewaltschutz (PInG)“

Guten Tag,

gerne möchten wir Sie auf das Forschungsprojekt „**Partizipativer Index für Gewaltschutz (PInG)**“ aufmerksam machen.

Das Projekt beschäftigt sich mit der Frage, wie Gewaltschutz in Einrichtungen, Diensten und Werkstätten der Eingliederungshilfe verbessert werden kann. Dafür werden aktuell Teilnehmende für Interviews oder Gruppendiskussionen gesucht.

Je nach Tätigkeitsfeld finden Sie im Anhang die passende Informationsseite: u.a.

- Mitarbeitende aus Diensten der Eingliederungshilfe, die Menschen mit Fluchterfahrung unterstützen
- Mitarbeitende aus ambulanten Diensten der Eingliederungshilfe

- Mitarbeitende aus Frauenberatungsstellen und weiteren Fachberatungsstellen im Kontext Gewaltschutz
- Kommunale Ombudspersonen
- Nutzer\*innen von ambulanten Leistungen

Die Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig, es wird eine kleine Aufwandsentschädigung gezahlt.

Weitere Informationen finden Sie in den angehängten Dokumenten oder auf der Projektseite:

<https://www.bodys-wissen.de/projekte.html#PInG>

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Information in Ihrem Netzwerk weiterleiten oder selbst Interesse an einer Teilnahme haben.

Mit freundlichen Grüßen

Maher Seger

Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben  
Regierungsbezirk Münster

Maher Seger  
Strukturelle Beratung

Neubrückenstr. 12-14 | 48143 Münster

☎ 02 51 98 29 16 46

✉ [maher.seger@ksl-muenster.de](mailto:maher.seger@ksl-muenster.de)

🌐 [www.ksl-muenster.de](http://www.ksl-muenster.de)

Betreff: Bitte um Unterstützung/Forschungsprojekt

Sehr geehrte Verantwortliche,

auf Anraten von Herrn Strube (Mitglied des Vorstandes der DMSG Niedersachsen e.V.) möchte ich mich mit meinem Anliegen vertrauensvoll an Sie wenden und um Ihre Hilfe bitten.

Als Wirtschaftsjuristin und Doktorandin am Institut für Rechtswissenschaften der TU Braunschweig sowie wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Intermodale Transport- und Logistiksysteme, widme ich mich derzeit der Thematik „Mobilität für alle“.

Dafür habe ich zu Beginn des Jahres ein erstes Projekt eingeworben, welches den Titel „Diversitätsorientierte Optimierung von Legal- und Prüfstandards für Homologation und Inklusion“ trägt. In diesem Rahmen untersuche ich, wie Geschlechter- und Diversitätsdimensionen bislang in der virtuellen Validierung von Fahrfunktionen berücksichtigt werden – ein Bereich, in dem Referenzdaten häufig noch stark auf den „Durchschnittsmann“ ausgerichtet sind. Ziel meiner Arbeit ist es, bislang unterrepräsentierte Perspektiven systematisch zu erfassen und daraus praxisnahe Empfehlungen für die Weiterentwicklung rechtlicher und technischer Standards (z. B. ISO 26262) abzuleiten.

Dafür führe ich derzeit eine Umfrage durch, für die ich um Ihre Unterstützung bitten möchte. Um etwas bewegen zu können und die Chancen zu erhöhen von Entscheidungsträgern gehört zu werden, bedarf es einer entsprechenden Stichprobengröße in der Datenerhebung. Eine hinreichende Abdeckung der Geschlechterdimensionen habe ich nahezu erreicht, allerdings mangelt es mir an der Abdeckung über die Inklusionsdimension. Daher würde ich mich sehr freuen, wenn Sie meiner Umfrage und meiner Forschung zu mehr Sichtbarkeit verhelfen könnten.

Ich habe Ihnen dafür den eigens dafür erstellten Flyer (Anmerkung: s. Anlage „Flyer DOLPHIN“) angehängt und die untenstehende Zusammenfassung geschrieben.

Wichtig ist es mir zu betonen, dass dieses Forschungsprojekt in keiner Weise durch die Industrie/Unternehmen finanziert ist oder beeinflusst wird. Ich habe dafür ausschließlich eigene unabhängige Mittel eingeworben, sodass es sich hier keineswegs um eine Marketingmaßnahme oder ähnliches handelt. Ich verfolge bei dem Thema unter anderem auch eigene Interessen, da ich selbst im weitesten Sinne zur Inklusionsgruppe gehöre und bei zahlreichen Mobilitätsarten bereits an meine körperlichen Grenzen gestoßen bin.

Die Ergebnisse der Umfrage mit entsprechenden strategischen Handlungsempfehlungen sollen in einem weiteren Schritt auf einer renommierten internationalen Konferenz in den USA (IEEE International Conference on Mobility: Operations, Services, and Technologies) vorgestellt und in den Proceedings entsprechen veröffentlicht werden. Auch eine Veröffentlichung in einer juristischen Zeitschrift wie der „Diversität in Recht und Wirtschaft (DivRuW)“ oder der „Zeitschrift zum Innovations- und Technikrecht (InTeR)“ ist geplant. Die Wahl der Zeitschrift erfolgt nach Auswertung der Ergebnisse. Ich werde also alles daran setzen, der Thematik und den Ergebnissen Sichtbarkeit zu verschaffen.

Im Anschluss an die Publikationen und das aktuelle Projekt strebe ich eine Fortführung der Forschung im Rahmen eines großen Projektes an, welches von einem der Bundesministerien gefördert werden soll.

----

Anbei als Hilfestellung eine kurze Zusammenfassung, die Sie bei Bedarf in weiteren Mails (ggf. entsprechend modifiziert) verwenden können:

Aktuelle Validierungsverfahren stützen sich noch stark auf den „Durchschnittsman“ und weisen dadurch eine strukturelle Repräsentationslücke („Data Gap“) auf. Besonders im Bereich der Inklusion fehlen belastbare Daten, sodass wichtige Perspektiven bislang unzureichend abgebildet werden. Um diese Lücke schließen und praxisnahe Empfehlungen für eine diversitätssensible Weiterentwicklung technischer und rechtlicher Standards (z. B. ISO 26262) entwickeln zu können, wird am Institut für Intermodale Transport- und Logistiksysteme der Technischen Universität Braunschweig das Forschungsprojekt „DOLPHIN“ durchgeführt. Im Rahmen dieses Projektes soll die Data Gap verringert/geschlossen werden, was eine empirische Erhebung mittels Umfrage erfordert. Hierbei ist eine möglichst große und vielfältige Stichprobe entscheidend.

Daher bitten wir herzlich um Ihre Teilnahme an der Umfrage über folgenden Link: <https://limesurvey.rz.tu-bs.de/776437?lang=de>.

Es handelt sich bei „DOLPHIN“ um ein unabhängiges, rein universitäres Forschungsvorhaben, das nicht durch Unternehmen finanziert oder zu Marketingzwecken betrieben wird.

---

Bei Fragen und Anmerkungen kommen Sie gern jederzeit auf mich zu.

Ich bedanke mich vorab für Ihre Unterstützung und verbleibe mit freundlichen Grüßen

**Cindy Demuth, LL.M.**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Institut für Intermodale Transport- und Logistiksysteme  
Technische Universität Braunschweig

Hermann-Blenk-Straße 42  
38108 Braunschweig  
[c.demuth@tu-braunschweig.de](mailto:c.demuth@tu-braunschweig.de)  
[www.tu-braunschweig.de/itl](http://www.tu-braunschweig.de/itl)

## **Arbeitshilfe für die Telefonberatung in der Selbsthilfe**

Die BAG SELBSTHILFE hat eine neue Arbeitshilfe für die Telefonberatung in der Selbsthilfe veröffentlicht. Diese soll Berater\*innen bei ihrer herausfordernden Tätigkeit Unterstützung und Begleitung bieten. Die Inhalte umfassen unter anderem rechtliche Aspekte, digitale Mediennutzung sowie den sensiblen Umgang mit suizidalen Anrufern und emotional belasteten Gesprächspartnern. Konkrete Handlungshilfen stehen den Verbänden zur Verfügung, die sie bei der Organisation, Weiterentwicklung und Qualitätssicherung ihrer telefonischen Beratungsangebote gezielt unterstützen. Das Kapitel "Grundlagenwissen für Telefonberater\*innen" kann als eigener, praxisorientierter Bereich beispielsweise zur Einarbeitung neuer Mitarbeiter genutzt werden.



Die Arbeitshilfe wurde in enger Zusammenarbeit mit Selbsthilfeverbänden in NRW und Niedersachsen entwickelt und ist hier abrufbar: [https://www.bag-selbsthilfe.de/fileadmin/user\\_upload/Informationen\\_fuer SELBSTHILFE-](https://www.bag-selbsthilfe.de/fileadmin/user_upload/Informationen_fuer_SELBSTHILFE-)

[AKTIVE/Projekte/Telefonberatung in der SH/Telefonberatung in der Selbsthilfe.pdf](#)

Betreff: Einladung zur Selbsthilfe-Fachtagung des AOK-Bundesverbandes 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir laden Sie herzlich zur unserer Selbsthilfe-Fachtagung „Gemeinsam gegen Hass“ am 15.01.2026 von 10:00-16:00 Uhr in den AOK-Bundesband nach Berlin ein.

Gemeinsam mit Influencerinnen, Selbsthilfe-Aktive und Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Sozialverbänden, Selbsthilfedachverbänden und Hilfsorganisationen wie HateAid wollen wir im Rahmen der Tagung diskutieren, wie eine „digitale Inklusion“ gut gelingen kann. Dazu werden wir zunächst einen Blick auf die Schattenseiten der sozialen Medien werfen, in denen Hatespeech ein immer größeres Problem darstellt und die mentale Gesundheit der Betroffenen belastet. Ergebnis des Tages sollen gemeinsame Lösungsstrategien zur Bekämpfung von Hass im Netz sein.

Alle relevanten Informationen, einschließlich des Programmes und der Anmeldemodalitäten, finden Sie in der angehängten Einladung.

Wir würden uns sehr freuen, Sie im AOK-Bundesverband begrüßen zu dürfen.

Bei Fragen oder weiteren Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen.

Claudia Schick

Referentin Selbsthilfeförderung

AOK-Bundesverband  
Abteilung Prävention  
Geschäftsbereich Versorgung  
Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin  
Tel. 030 34646-2353  
Mobile: 0152 01563 097

[claudia.schick@bv.aok.de](mailto:claudia.schick@bv.aok.de)

Anmerkung: Bitte beachten Sie den Flyer, den wir Ihnen an die E-Mail anhängen!

Betreff: Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

**Jetzt mitmachen: Umfrage zu Diskriminierung in Deutschland startet**

Guten Tag,

es ist soweit! Wir starten heute unsere große, deutschlandweite Befragung zu Diskriminierungserfahrungen in Deutschland und möchten Sie herzlich zur Teilnahme und Unterstützung einladen.

Worum geht es?

Vom 12. November 2025 bis 28. Februar 2026 führt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes die bislang größte Umfrage zu Diskriminierung in Deutschland durch. Um möglichst viele Menschen für eine Teilnahme zu gewinnen, wird die Umfrage mit einer bundesweiten Kampagne bekannt gemacht.

Wer kann an der Umfrage teilnehmen?

An der Umfrage können alle Menschen ab 14 Jahren teilnehmen, die in Deutschland Diskriminierung erlebt haben. Die Teilnahme ist anonym, barrierearm und in vielen Formaten und Sprachen möglich.

In Zeiten, in denen gleiche Rechte für alle in Frage gestellt werden, ist eine große Beteiligung an der Umfrage wichtiger denn je. Deshalb möchte ich Sie bitten, uns zu unterstützen, Diskriminierung in Deutschland sichtbar zu machen.

Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind!

Alle wichtigen Informationen und den Online-Fragebogen finden Sie hier:

[www.diskriminierung-umfrage.de](http://www.diskriminierung-umfrage.de)

Im Anhang finden Sie ein SharePic, beispielsweise für Social Media und Messenger-Dienste. Mehr Werbematerial bieten wir auf unserer Website an.

• Flyer, Postkarten und Poster zur kostenfreien Bestellung: [www.diskriminierung-umfrage.de/bestellen](http://www.diskriminierung-umfrage.de/bestellen)

• Banner, SharePics und Bilder für die Onlinekommunikation zum Download:

[www.diskriminierung-umfrage.de/downloads](http://www.diskriminierung-umfrage.de/downloads)

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Ihre

Ferda Ataman

Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung und  
Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Postanschrift: 11018 Berlin

E-Mail: [poststelle@ads.bund.de](mailto:poststelle@ads.bund.de)

Internet: [www.antidiskriminierungsstelle.de](http://www.antidiskriminierungsstelle.de)

Betreff: Invitation to complete survey on disability-inclusive emergency preparedness and response

*Übersetzung auf Deutsch:*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
ich hoffe, es geht Ihnen gut. Ich schreibe Ihnen im Rahmen einer Studie, die gemeinsam mit dem Europäischen Behindertenforum (EDF) zum Thema behindertengerechte Notfallvorsorge und -reaktion in den Mitglieds- und Teilnehmerstaaten des Katastrophenschutzverfahrens der Europäischen Union (UCPM) durchgeführt wird.

Wir laden Organisationen von Menschen mit Behinderungen (OPDs) ein, an einer kurzen Umfrage teilzunehmen, um aktuelle Praktiken, Lücken und Möglichkeiten zu dokumentieren. Ihre Antworten werden die Interessenvertretung unterstützen, die Evidenzbasis für die zukünftige Arbeit stärken und in die laufende Zusammenarbeit mit dem technischen Hilfsprogramm der Weltbank einfließen.

Das Ausfüllen der Umfrage dauert etwa 15 bis 20 Minuten.

Sie finden sie hier (leider nur auf Englisch):

[https://forms.cloud.microsoft/pages/responsepage.aspx?id=DQSIkWdsW0yxEjajBLZtrQAAAAAAAAAAN\\_hnEvgJUNFIVTENaQjZEV1BNVzRBTks4NUtQVkfVWC4u&route=shorturl](https://forms.cloud.microsoft/pages/responsepage.aspx?id=DQSIkWdsW0yxEjajBLZtrQAAAAAAAAAAN_hnEvgJUNFIVTENaQjZEV1BNVzRBTks4NUtQVkfVWC4u&route=shorturl)

Bitte füllen Sie die Umfrage nach Möglichkeit bis zum 5. Dezember aus.

Wenn Sie Fragen haben oder Hilfe beim Ausfüllen der Umfrage benötigen, wenden Sie sich bitte an mich unter [ninogvetadze@gmail.com](mailto:ninogvetadze@gmail.com).

Vielen Dank im Voraus für Ihre Zeit und Ihren Beitrag.

Mit freundlichen Grüßen,

Nino Gvetadze

Beraterin, Behindertengerechte Katastrophenvorsorge und humanitäre Hilfe

E-Mail: [ninogvetadze@gmail.com](mailto:ninogvetadze@gmail.com)

Mobil/WhatsApp: +995 598116492; LinkedIn

(Ich respektiere Ihre Work-Life-Balance und Ihr Recht auf Abschalten – bitte fühlen Sie sich nicht verpflichtet, außerhalb Ihrer Arbeitszeiten zu antworten.)

**Betreff: 10. Deutscher EngagementTag | Jetzt noch anmelden!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 1. und 2. Dezember 2025 ist es soweit: die Staatsministerin für Sport und Ehrenamt und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement eröffnen gemeinsam den 10. Deutschen EngagementTag zum Thema „Engagement verbindet – Gemeinsam für eine starke Zivilgesellschaft“.

Melden Sie sich hier <https://bmbfsfj-veranstaltungen.bafza.de/10-deutscher-engagementtag-2025/anmeldung/online> für eine Online-Teilnahme an. Eine Anmeldung ist in jedem Fall wichtig damit wir Ihnen die Einwahldaten für die Konferenz zusenden können. Diese erhalten Sie vor Veranstaltungsbeginn in einer separaten E-Mail.

Informationen zum Programm finden Sie unter: <https://bmbfsfj-veranstaltungen.bafza.de/10-deutscher-engagementtag-2025/programm>

Machen Sie mit beim EngagementTag! Sie können Ihre Fragen stellen oder Ihre Meinungen und Ideen im Chat teilen. Posten Sie gerne schon vor der Veranstaltung Ihre Gedanken unter dem Hashtag #EngagementTag. Alle Beiträge werden wir über eine **Social Wall** (<https://my.walls.io/EngagementTag>) sichtbar machen.

Sofern Sie bereits angemeldet sind, ignorieren Sie bitte diese E-Mail.

Sollten Sie Fragen zur Organisation der Veranstaltung haben, wenden Sie sich bitte an: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben Referat 605 – Veranstaltungsmanagement Mailadresse: [veranstaltung@bafza.bund.de](mailto:veranstaltung@bafza.bund.de)

Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

der Staatsministerin für Sport und Ehrenamt

des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)